

22.09.2015  
163b

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ



*Es gilt das gesprochene Wort!*

**Statement**  
**von Kardinal Rainer Maria Woelki (Köln),**  
**Vorsitzender der Caritas-Kommission,**  
**im Pressegespräch zur aktuellen Situation der Flüchtlinge**  
**am 22. September 2015 in Fulda**  
**zur Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz**

Ich möchte in meinem kurzen Beitrag zwei Aspekte der vielgestaltigen Flüchtlings- und Migrationsthematik aufgreifen. Zunächst gehe ich am Beispiel meines eigenen Erzbistums auf die Hilfsangebote der Bistümer ein. Danach folgen einige Bemerkungen zur Situation des Westbalkans, einer Herkunftsregion von Flüchtlingen, über die in der Politik zuletzt viel diskutiert wurde.

1. Wie gestaltet sich die Flüchtlingsarbeit in den Bistümern? Lassen Sie mich dazu exemplarisch einen Blick auf das Erzbistum Köln werfen. Wir haben die Aktion im November 2014 „Neue Nachbarn im Erzbistum Köln“ gegründet und sie mit 12,5 Millionen Euro ausgestattet. Der Großteil der Mittel – etwa 10 Millionen Euro – wird für Katastrophenhilfe *in den Kriegsgebieten* im Mittleren Osten und in Afrika aufgewendet. So kann Flüchtlingen heimatnah geholfen werden. Darüber hinaus haben wir mehrere Fonds für die Flüchtlingsarbeit *in unserer Region* eingerichtet. Aus einem Soforthilfefonds werden die Aktivitäten der Kirchengemeinden unterstützt, die konkrete Beiträge zur Willkommenskultur erbringen. Ein zweiter Fonds stärkt die sogenannte „fachliche“ Flüchtlingshilfe, d. h. die Programme der Caritas und ihrer Fachverbände, also beispielsweise Sprachkurse für die Neuankömmlinge. Mit den beiden letztgenannten Fonds wurden bislang 250 gemeindliche und verbandliche Aktivitäten gefördert – darunter unter anderem 160 Sprachkurse für Flüchtlinge und Qualifizierungskurse für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe. Und es werden jeden Tag mehr.

Im Erzbistum Köln wurden außerdem zwei Koordinierungsstellen für Flüchtlingshilfe auf Bistumsebene und 15 Stellen in den Städten und Kreisen geschaffen, die aktuell mit 24 Personen besetzt sind.

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn  
*Postanschrift*  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214  
Fax: 0228-103 -254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)  
Home: [www.dbk.de](http://www.dbk.de)

*Herausgeber*  
P. Dr. Hans Langendörfer SJ  
Sekretär der Deutschen  
Bischofskonferenz

Aktiv sind wir auch in der Bereitstellung von Wohnraum. Im Erzbistum Köln stellen die Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft und die Rheinwohnungsbau GmbH bislang 74 Wohnungen zur Verfügung. Darüber hinaus werden Wohnräume in kirchlichen Bildungseinrichtungen, im Priesterseminar in Köln und in mehreren Klöstern an Flüchtlinge vergeben. Flüchtlinge konnten auch in ca. 90 Wohnungen, die sich im Besitz von Pfarrgemeinden befinden, untergebracht werden. Nach dem Aufruf von Papst Franziskus, melden sich außerdem immer mehr Privatleute, die ihre Wohnungen anbieten.

Was mich persönlich beeindruckt und freut ist die große Hilfsbereitschaft der Ehrenamtlichen in den Pfarrgemeinden des Erzbistums Köln. Mehrere Tausend engagieren sich mittlerweile in unterschiedlichen Projekten dafür, Flüchtlingen ein herzliches Willkommen zu bereiten. Für die schnelle, selbstorganisierte Flüchtlingshilfe in der Nachbarschaft haben wir – flankierend zu der Homepage der Aktion Neue Nachbarn – eine Facebook-Gruppe gegründet: das „Neue-Nachbarn-Netzwerk“. Die Gruppe hat mittlerweile über 3.000 Mitglieder.

Flüchtlinge unterstützen wir auch, indem wir uns öffentlich für eine ihre Würde achtende Politik einsetzen. Die Schläge des „Dicken Pitter“ und der Glocken in über 230 anderen Kirchen aus dem Erzbistum hallten am 19. Juni 2015 über den Roncalliplatz in Köln. Seit dem Jahr 2000 haben über 23.000 Flüchtlinge bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, um nach Europa zu gelangen, ihr Leben verloren. Jedem Einzelnen widmete das Erzbistum Köln mit dieser bundesweit beachteten Aktion einen Glockenschlag und forderte so auch zu einer „Globalisierung der Nächstenliebe“ auf. Die Forderung nach legalen Zugangswegen nach Europa war damit ebenfalls verbunden. An jeden Einzelnen haben wir letztlich mit der Aktion appelliert, die eigenen Lebensverhältnisse einmal kritisch zu hinterfragen – die ungerechten Verhältnisse dieser Zeit – die erst dazu führen, dass Menschen sich gezwungen fühlen, ihre Heimat zu verlassen.

Wichtig ist nun perspektivisch eine Integrationskultur zu schaffen. Im Erzbischöflichen Generalvikariat sind beispielsweise gerade zwei Auszubildende eingestellt worden. Der Nigerianer und die Iranerin haben keinen gefestigten Aufenthaltsstatus, können durch die Ausbildung aber zunächst in Deutschland verbleiben. In Zukunft soll die Aufnahme von Flüchtlingskindern in katholischen Kitas und Schulen noch mehr Unterstützung erfahren und die akademischen Laufbahnen von Flüchtlingen gefördert werden. Auch FSJler sollen demnächst mehr in der Flüchtlingshilfe eingebunden sein.

2. Lassen Sie mich einige Worte zur Situation des westlichen Balkans und zu der von dort ausgehenden Flüchtlingsbewegung sagen. In der aktuellen Diskussion rund um die Zunahme der Asylbewerberzahlen rücken ja nicht nur die Krisenherde im Mittleren Osten und in Afrika, sondern auch die Länder aus dieser Region in den Fokus des öffentlichen Interesses. Als Vorsitzender der Kommission für caritative Fragen der Deutschen Bischofskonferenz bin ich im August durch Albanien und den Kosovo gereist, um mir einen unmittelbaren Eindruck von der Arbeit der Caritas vor Ort und den Lebensbedingungen der Bevölkerung zu

verschaffen. In beiden Gesellschaften begegnete mir ein bedrückendes Maß an Armut, Korruption und Perspektivlosigkeit. Gleichzeitig konnte ich auch viele gut ausgebildete Menschen kennenlernen. Die Tatsache, dass gerade die Fachkräfte in Albanien und im Kosovo keine Zukunft mehr für sich selbst und ihre Familien sehen, stellt die beiden Länder vor eine besondere Herausforderung. Denn wenn auch sie ihre Heimat in großer Zahl verlassen, wird der Aufbau tragfähiger wirtschaftlicher Strukturen zusätzlich erschwert.

Katholiken sind in Albanien und im Kosovo nur eine Minderheit. Dennoch leisten die Kirche und ihre Caritas durch ihr vielfältiges Engagement im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens sowie in der Bildung und Jugendarbeit einen wichtigen gesamtgesellschaftlichen Beitrag zur Entwicklung gerechter und lebenswerter Verhältnisse. Wo zuvor Hoffnungslosigkeit herrschte, vermag dieser ganz konkrete Dienst am Nächsten in vielen Fällen Perspektiven zu eröffnen. Dennoch steht außer Frage, dass es noch großer staatlicher, gesellschaftlicher und kirchlicher Anstrengungen bedarf, bis in diesen beiden Ländern stabile Gemeinwesen mit sozialer Gerechtigkeit und rechtsstaatlicher Sicherheit entstehen können.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass viele Menschen aus Albanien und dem Kosovo auf der Suche nach einem besseren Leben nach Deutschland kommen. Das Asylrecht kann gewiss kein geeignetes Mittel sein, um ihnen einen Weg aus der Armut aufzuzeigen. Deshalb ist es besonders tragisch, dass manche Albaner und Kosovaren – in der meist unberechtigten Hoffnung, in Deutschland über das Asylrecht eine Bleibeperspektive zu erhalten – ihr ganzes Hab und Gut aufgeben und später dann mit leeren Händen in ihre Heimat zurückkehren müssen. Die berechtigten Anliegen dieser Menschen dürfen jedoch nicht vorschnell in Abrede gestellt werden. Der diffamierende Diskurs, der in Teilen der Öffentlichkeit über sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ stattfindet, wird der Komplexität der Lage nicht gerecht. Stattdessen sollten wir uns verstärkt darum bemühen, den Menschen sowohl in ihrer Heimat als auch in Deutschland bessere berufliche Perspektiven zu eröffnen. Wenn die Bundesregierung nun legale Wege für die Arbeitsmigration von Angehörigen aller sechs Westbalkanstaaten plant, dann ist dies ein Schritt in die richtige Richtung.

Zugleich darf jedoch nicht der Eindruck erweckt werden, dass Menschen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien allein aufgrund ihres Herkunftslands nicht asylberechtigt seien. Bei vielen Asylbewerbern aus den Staaten des westlichen Balkans handelt es sich um Roma, die in ihrer Heimat teils starker Diskriminierung ausgesetzt sind. Die historische Verantwortung, die unser Land gegenüber Roma und verwandten Gruppen hat, darf nicht einfach vom Tisch gewischt werden. Allein schon deshalb ist in der Frage des Umgangs mit Asylbewerbern vom westlichen Balkan eine besondere Sensibilität angeraten.